

**12. August 1621** (2011: 390. Todestag) Barclay, John, \* 28.1.1582, † 12.8.1621, 390. Todestag, Gelehrter, Reisender und Dichter. Roman „Argenis“, ein Sittenspiegel der Zeit. Er beschreibt die Deutschen als dem Trunke verfallen, obrigkeitshörig und titelsüchtig und geißelt die Kleinstaaterei.

**13. August 1926** (2011: 85. Geburtstag) Fidel Castro, \* 13.8.1926 Birán bei Mayarí (n.a.A. 13.8.1927 Birán bei Mayarí), kuban. Jurist, Revolutionär und Politiker; <http://cuba-si.org/>

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

13. Ausgabe / 21. Jahrgang

Für Halle

09. August 2011

## An der Seite der Friedensbewegung - gegen die Bonner Afghanistankonferenz

Beschluss des Parteivorstandes vom 2. und 3. Juli 2011

### **Der Parteivorstand beschließt:**

\* Den Aufruf zur Afghanistan Konferenz in Anlage 1

\* den 7. Oktober 2011 als bundesweiten Aktionstag der Partei DIE LINKE zur bundesweiten Mobilisierung gegen die Bonner Afghanistan Konferenz.

### **Aufruf**

Bundeswehr raus aus Afghanistan – zivil helfen! Aufruf der Partei DIE LINKE zu den Protesten gegen die internationale Afghanistankonferenz der Bundesregierung in Bonn 3. bis 5. Dezember 2011  
Seit nunmehr zehn Jahren führt die NATO einen mörderischen Krieg in Afghanistan. Wurde anfangs noch behauptet, dieser Krieg diene dem friedlichen und demokratischen Aufbau der afghanischen Gesellschaft, ist von dieser Lüge nicht mehr viel übrig geblieben. Jahr für Jahr wurden mehr Truppen nach Afghanistan geschickt. Jahr für Jahr hat sich der Umfang der Kriegshandlungen, Anschläge und Toten erhöht.

Auf der Petersberg I Konferenz im Dezember 2001, zwei Monate

nachdem die USA und ihre Verbündeten Afghanistan angegriffen hatten, installierten sie das „Karzai Regime“ ohne jede demokratische Legitimation. Eine zutiefst korrupte Regierung, welche vor allem durch Verbindungen zur Drogenmafia, der Vetternwirtschaft und Machtmissbrauch von sich reden machte.

Am 5. Dezember 2011 will die Bundesregierung nun eine weitere Afghanistan-Konferenz in Bonn und Petersberg abhalten. Zehn Jahre nach der ersten Petersberg-Konferenz im Dezember 2001, sollen die Weichen für eine Verstärkung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit gestellt werden. Gefeierte werden soll außerdem die „Übergabe der Verantwortung an die afghanische Regierung“, während tatsächlich die Bundeswehr bis über 2014 hinaus in Afghanistan bleiben soll. Gleichzeitig findet eine „Afghanisierung des Krieges“ statt, in dem die NATO verstärkt afghanische Sicherheitskräfte einbindet.

Der angekündigte Teil-Truppenabzug der US-Armee dient in er-

ster Linie Wahlkampfzwecken Barack Obamas, da in der amerikanischen Bevölkerung, ebenso wie in der deutschen, eine Mehrheit für einen Truppenabzug ist. Mit der Verringerung von 33.000 Soldaten bis 2012 werden dann immer noch 70.000 US-Soldaten plus weitere Verbündete in Afghanistan stationiert sein. Dazu kommen 130.000 bis 160.000 private Söldner und Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen. Die angekündigten Maßnahmen zur Afghanistan-Konferenz sind Augenwischerei. So wird ein Truppenabzug bis zum Jahr 2014 verkündet, in Wahrheit sollen die Truppen dort dauerhaft stationiert bleiben. Ein Abzug wird nur stattfinden, „wenn es die Sicherheitslage erlaubt“, so Bundesaußenminister Westerwelle. Diese verschlechtert sich aber permanent, gerade weil die NATO in Afghanistan ist. Während die NATO minimale Abzugszahlen verkündet, weitet sie gleichzeitig den Krieg in den nächsten drei Jahren aus. Damit sind drei weitere Jahre Krieg, Tote und Zerstörung sicher. weiter auf Seite -3-

## Kundgebung gegen Fahrpreiserhöhungen - für ein Sozialticket!

Ab 01.08.2011 müssen die Fahrgäste der HAVAG wieder einmal tiefer in die Tasche greifen. Der Einzelfahrschein wurde um zehn Cent (1,70 Euro/1,80 Euro) teurer, die Vier-Fahrten-Karte um zwanzig Cent (6,70 Euro/6,90 Euro). Für die Abo-Monatskarte müssen die Kunden jetzt 1,50 Euro (39,60 Euro/41,10 Euro) mehr bezahlen. Eine versteckte Preiserhöhung ergibt sich aus der Streichung einer Sonderregelung, die bislang auf den Straßenbahnstrecken der HAVAG gilt. Dadurch können mit einem Kurzstreckenfahrchein mehr als die üblichen vier Haltestellen abgedeckt werden, da der Marktplatz und die darauf folgende Station jeweils nur als eine Haltestelle zählen. Angeblich sollen die Kunden das System der Kurzstrecke besser verstehen und nachvollziehen können, da Leipzig eine solche Regelung nicht kennt.<sup>1</sup>

Mit der Streichung wird die Chance auf einen attraktiven ÖPNV vergeben, insbesondere für Touristen war diese Regelung ein günstiges Angebot.

Dabei verzeichneten die Stadtwerke Halle einen Rekordumsatz von 554,6 Millionen Euro. Außerdem sei es erstmals gelungen, dass die Stadt keinen Zuschuss an die HAVAG zahlen muss. Dieser hatte im Jahr 2009 noch bei 6,9 Millionen Euro gelegen.<sup>2</sup>

Nach Angaben von Matthias Lux (Geschäftsführer der Stadtwerke) ist das Ergebnis auf „einmalige Sondereffekte“ bzw. „günstige buchhalterische Konstellationen“ zurückzuführen.<sup>3</sup>

Die Stadt Halle (Saale) hat ihre

beiden Cashcows zum Schuldenabbau kräftig gemolken. 73 Millionen Euro steuern die Stadtwerke Halle zum Haushalt der Stadt bei.<sup>4</sup> Das stadteigene Wohnungsunternehmen Hallesche Wohnungsgesellschaft (HWG) führt im laufenden Jahr rund 7,3 Millionen Euro an die Stadt ab.<sup>5</sup>

Nicht immer ist ein Unternehmen der Stadt ein Garant für Preisstabilität und Sozialtarife. Unter den gegebenen Bedingungen ist die HAVAG ein Monopolist, da nur dieses Unternehmen Verkehrsleistungen mit Bus und Tram in Halle (Saale) anbietet. Deshalb sind Eingriffe in die Geschäftspolitik, durch den Stadtrat, notwendig und legitim. Letztendlich müssen aber die Einwohner der Stadt das letzte Wort haben und alle Entscheidungen demokratisch treffen. Jeder Bürger muss hierfür ein umfangreiches Akteneinsichtsrecht haben, um sich selbst einen Überblick verschaffen zu können. Eine an den Interessen der Einwohner ausgerichtete Daseinsvorsorge ist auch mit kommunalen Unternehmen nicht möglich, die den Haushalt der Stadt sanieren sollen.

Derzeit stehen einem Hartz-IV-Empfänger im Monat 22,78 Euro für den Posten Verkehr zur Verfügung.<sup>6</sup>

Dieser Posten ist jedoch nicht allein für den ÖPNV vorgesehen. Er setzt sich aus den Kosten für den Nah- und Fernverkehr, den Kosten für PKW-Haltung, Reparaturen für das Fahrrad usw. zusammen.<sup>7</sup>

Bedauerlicherweise kann man auch von 22,78• keine Monatskarte kaufen, da diese jetzt 48,30•

(46,50 Euro) kostet. Deshalb kann ein Sozialticket nur der erste Schritt zu mehr Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe sein. In Zukunft muss der ÖPNV gegenüber anderen Verkehrsmitteln besonders gefördert und gestärkt werden. Dies kann u.a. durch nachstehende Maßnahmen erreicht werden: Verschärfung der Feinstaubverordnung bzw. Umweltzone (Streichung der Ausnahmegenehmigungen), Verkehrsregelungen für öffentliche Verkehrsmittel, Netz- und Linienausbau, Streichung und Umlenkung von Subventionen, Investitionen in den Überlandverkehr, Verbesserung der Taktzeiten, Vernetzung mit anderen Verkehrsunternehmen und Erhöhung der Servicementalität (Ordnung und Sicherheit). Langfristig ist ein kostenloser Nahverkehr anzustreben.

Bisher gibt es in Halle (Saale) noch kein Sozialticket, obwohl das Thema seit Langem auf der Agenda und zur Debatte steht.<sup>8</sup>

Letztendlich wird auf den Haushalt verwiesen und argumentiert, dass es sich um eine freiwillige Leistung handelt. Oftmals interessieren Beschlüsse des Stadtrats die Stadtverwaltung von Halle (Saale) nur wenig, da das Kommunalparlament einem Antrag der Linken zustimmte. Die Oberbürgermeisterin sollte demnach beauftragt werden, ein Sozialticket in Halle einzuführen.<sup>9</sup> Aufgrund der angespannten Haushaltssituation<sup>10</sup> wird das Sozialticket in weite Ferne rücken. Das Recht auf Mobilität stellt aus Sicht der Linksfraktion im Deutschen Bundestag ein Grundrecht dar. Folglich müssen auch den Menschen, deren finanzielle Lage ge-

genwärtig angespannt ist, Chancen eröffnet werden, das in Artikel 11 des Grundgesetzes verbriefte Grundrecht auf Freizügigkeit in Anspruch nehmen zu können. Auch die umweltpolitische Dimension des Sozialtickets ist von Bedeutung, da die Innenstädte zusätzlich entlastet würden, Stau und Lärm könnten vermieden werden. Es ist anzunehmen, dass die Verkehrsunternehmen mehr Fahrgäste gewinnen könnten, da das Sozialticket vorwiegend von Menschen in Anspruch genommen würde, die sich bisher keine Fahrkarte leisten konnten. Durch die bessere Ausla-

stung von Bussen und Bahn würde der ÖPNV gestärkt werden und es könnten dichtere Taktzeiten eingerichtet werden. Ein Sozialticket muss Mobilität für alle sichern, Ausgrenzung verhindern und für jeden bezahlbar sein. Zu diesem Zweck muss also ein Sozialticket folgenden Kriterien genügen: Der Preis darf nicht höher sein als die im Regelbedarf veranschlagte Summe für Verkehrsdienstleistungen, Ausgestaltung als Einzelfahrschein und gleitendes Monatsticket, unbürokratische und stigmatisierungsfreie Ausgabe und breiter Adressatenkreis.<sup>11</sup>



## An der Seite...

Fortsetzung von Seite - 1 -

Für den Krieg in Afghanistan gibt die US-Regierung jährlich 100 Milliarden Dollar aus, Für die Steuerzahler in Deutschland kostet der Krieg jährlich 3 Milliarden Euro, insgesamt wird die Bundesregierung bis 2014 mindestens 36 Mrd. Euro für den Afghanistankrieg ausgegeben haben. Mit diesem Geld ließen sich ganze Länder aus Hunger, Not und Elend befreien.

### Die Partei DIE LINKE fordert daher:

Bundeswehr und NATO-Truppen raus aus Afghanistan. Kein Geld für Waffen, sondern für zivile Aufbauprojekte. Solidarität mit den Bewegungen in Afghanistan, die sich für Frieden, Selbstbestimmung und zivilen Wiederaufbau einsetzen.

DIE LINKE ruft ihre Mitglieder, Sympathisanten auf, sich an den Protesten gegen die Afghanistan-Konferenz der Bundesregierung zu beteiligen.

Demonstration und Alternativ-Gipfel am 3. und 4. Dezember in Bonn.

## Deshalb kommt alle zur gemeinsamen

**Kundgebung gegen Fahrpreiserhöhungen - für ein Sozialticket  
am Freitag, dem 26. August  
um 16 Uhr auf dem Marktplatz,**

**um das Grundrecht auf Freizügigkeit und Mobilität zu verteidigen! Im Anschluss an die Kundgebung ist eine Demonstration durch die Innenstadt geplant. Folgende Demonstrationsroute ist dafür vorgesehen: Marktplatz —> Kleinschmieden —> Große Steinstraße —> Joliot-Curie-Platz —> Hansering —> Leipziger Turm —> Leipziger Straße (unterer Boulevard) —> Marktplatz.**

Genosse Marcel Kieslich

1 [www.mz-web.de/artikel?id=1310546916741](http://www.mz-web.de/artikel?id=1310546916741) (27.07.2011)

2 [www.halleforum.de/go/32788](http://www.halleforum.de/go/32788) (27.07.2011)

3 Sonntags Nachrichten vom 24. Juli 2011, S. 7

4 Super Sonntag vom 24. Juli 2011, S. 1

5 Amtsblatt der Stadt Halle (Saale) vom 20. Juli 2011, S. 7

6 [www.tagesschau.de/inland/statistikhartz100.html](http://www.tagesschau.de/inland/statistikhartz100.html) (27.07.2011)

7 Leitfaden Sozialticket, Informieren - Anfangen - Durchsetzen, S. 7

8 [www.halleforum.de/go/27365](http://www.halleforum.de/go/27365), [www.halleforum.de/go/32356](http://www.halleforum.de/go/32356), [www.halleforum.de/go/32708](http://www.halleforum.de/go/32708)

9 [www.halleforum.de/go/24126](http://www.halleforum.de/go/24126) (27.07.2011)

10 [www.mz-web.de/artikel?id=1311575564916](http://www.mz-web.de/artikel?id=1311575564916) (27.07.2011)

11 Leitfaden Sozialticket, Informieren - Anfangen - Durchsetzen, S. 5f.

## Linkes Blatt

### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

[linkesblatt@dielinke-halle.de](mailto:linkesblatt@dielinke-halle.de)  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 650 Exemplare

### Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:  
04.08.2011  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 01.09.2011

## Aus der Stadtratssitzung vom 30.06.2011

Bevor die offizielle Sommerpause eingeläutet wurde, musste der Stadtrat noch einige wichtige Entscheidungen treffen. Zweifelsohne war die Entscheidung, wer der zukünftige Träger der Singschule sein wird, eine mit Spannung erwartete. Um es gleich vorweg zu nehmen: Es bleibt die Jugendwerkstatt Frohe Zukunft! Und das auch gleich vorweg: Unsere Fraktion stimmte (mehrheitlich) der Verwaltungsvorlage nicht zu! Gemeinsam mit den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM hatten wir einen Änderungsantrag eingebracht, der die Trägerschaft an einen neuen Träger beinhalten würde. Mit diesem neuen Träger wäre aus unserer Sicht ein wirklicher Neuanfang gegeben. Alle unsere Stadträte stimmten dem Änderungsantrag zu (Birgit Leibrich enthielt sich). Im neu gegründeten Verein sind u.a. bekannte Persönlichkeiten, wie Dr. Klaus Rauen, der Musiker Klaus Adolphi engagiert. Bodo Meerheim sprach in der Diskussion davon, dass sich beide Seiten (Singschule und Jugendwerkstatt Frohe Zukunft) „Verletzungen“ zugefügt haben, die eine Zusammenarbeit problematisch gestalten. Er stellte fest, dass die Konsequenz aus den Vertragsverhandlungen nicht vorliegen und verwies auf unseren gemeinsamen Antrag, der die Aufhebung des bestehenden Vertrages mit der Singschule als eine Konsequenz beinhaltet.

Alle Argumente halfen nichts, eine knappe Mehrheit stimmte für die Vorlage der Verwaltung und damit gegen unseren gemeinsamen Antrag. Ab 01.01.2012 wird nun zunächst dieser Vertrag unbefristet verlängert, aber er kann auch jährlich gekündigt werden. Allerdings gibt es eine Neuerung: Es wird zusätzlich ein Beirat eingerichtet, der

in wichtigen Fragen entscheiden soll. Mitglieder dieses Beirates waren schon in der Vorbereitung des Kinderchorfestivals aktiv.

Der gemeinsame Antrag zum kostenlosen Mittagessen für Kinder, deren Eltern Hartz IV Leistungen u.ä. bekommen, wurde von der Tagesordnung genommen und soll im August behandelt werden. Bodo Meerheim begründete diesen Schritt mit noch ausstehenden Beratungen zur Umsetzung des Antrages in der Verwaltung. In allen Fachausschüssen gab es bisher eine Mehrheit.

Ohne größere Diskussionen wurden die Jahresabschlüsse des Zoologischen Gartens, der HWG, der Stadtmarketing Halle GmbH, dem Wirtschaftsplan der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle zugestimmt. Es gab keine größeren Diskussionen zur Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) aus dem Haushaltsjahr 2010 für das Vorhaben „Berufsfeuerwehr, Jahresansätze, Fahrzeuge“ im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2011.

Das Langfristkonzept Saline-Ensemble wurde abgesetzt und wird später behandelt.

Unsere Fraktion stimmte dem Bebauungsplan 32.3. Heide-Süd, 2. Änderung nicht zu. Uwe Köck argumentierte, dass die Bedenken zum Grundwasser im Bebauungsplan eingearbeitet werden müssen. Ein entsprechender Änderungsantrag fand keine Mehrheit, insgesamt wurde der Bebauungsplan angenommen.

Diskussionen gab es dann wiederum zur geplanten Brücke Franz-Schubert-Straße. Der Bau dieser Brücke sorgte schon vor längerer Zeit für Diskussionen. Ein Fahrstuhl, der zunächst geplant war, um behindertengerecht zu bauen, wird nicht benötigt. Möglich wird diese Änderung, weil nun niedriger ge-

baut wird, als ursprünglich geplant. Wir stimmten dieser Vorlage nicht zu. Mit der jetzigen Planung liegt diese Brücke am Radfahrerweg, Radfahrer müssen aber absteigen, wenn sie die Brücke benutzen wollen.

Ein Änderungsantrag der GRÜNEN sah vor, eine andere Variante des Bauens zu finden, um den Radfahrern auch die Möglichkeit der Rampenbenutzung zu geben. Wir unterstützten den Antrag, er fand aber keine Mehrheit.

Ein Dringlichkeitsantrag mehrerer Fraktionen - wir waren auch beteiligt - zur Einführung einer Umweltzone in Halle wurde in die Tagesordnung aufgenommen, nach langer Diskussion aber abgelehnt. Die Oberbürgermeisterin übte im Rahmen dieser Diskussion heftige Kritik am Land Sachsen-Anhalt, weil es auf Stellungnahmen der Stadt Halle zum Luftreinhalteplan zu wenig eingegangen sei. Sicher ist, dass die Umweltzone auch in Halle kommen wird, über die Größe etc. gibt es noch Verhandlungen mit dem Land!

Herr Dr. Pohlack, seit sieben Jahren Planungsdezernent in Halle, wurde im Anschluss an die Sitzung verabschiedet.

Weil wir aus diesem Grund etwas im Zeitdruck waren, sind einige Vorlagen aus dem nicht öffentlichen Teil auf die nächste Sitzung verschoben worden.

Ab 01.08.2011 wird Herr Uwe Stäglich als neuer Beigeordneter seine Arbeit beginnen.

Und eine Information noch:

Der Stadtrat Erik Schulz (NPD) hat sein Mandat niedergelegt.

Wer nun für ihn in den Stadtrat einzieht, war zur Stadtratssitzung noch nicht bekannt. Im August werden wir es wissen!

Ute Haupt, Stadträtin

### »Der neoliberale Profitwahn zerfällt in Staub und Asche«

Der Schweizer Soziologe und Globalisierungskritiker Jean Ziegler sollte ursprünglich am 27. Juli die Rede zur Eröffnung der diesjährigen Salzburger Festspiele halten. Wegen angeblicher Nähe zum libyschen Despoten Muammar al-Gaddafi wurde er kurzfristig ausgeladen. Ziegler bezeichnete die Vorwürfe als Lüge und Diffamierung. Elfriede Jelinek, Peter Turrini und Michael Scharang solidarisierten sich ihm. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag dokumentiert die von Ziegler verfasste, aber nicht gehaltene Rede.

In der Geschäftsstelle des Stadtverbandes DIE LINKE Halle (Saale) liegt die Datei vor. Wer interessiert ist, wendet sich zu den Geschäftszeiten an die Geschäftsstelle oder an die Redaktion des Linken Blattes. Lesen kann frau/man auch über: <http://www.linksfraktion.de/nachrichten/der-neoliberale-profitwahn-zerfaellt-staub-asche/>

mb

## Hausaufgaben erledigen und Rechte einklagen

Das Landesverwaltungsamt Halle hat die Haushaltssatzung 2011 sowie die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Halle (Saale) beanstandet und ihr bis zum Jahresende eine vorläufige Haushaltsführung sowie umfangreiche Berichtspflichten auferlegt.

Hierzu erklärte der Stadtvorsitzende der LINKEN Halle und Stadtrat Swen Knöchel:

Sowohl der Haushaltsplan als auch seine Beanstandung legen die Defizite der Gemeindefinanzierung in Sachsen-Anhalt sowie die ungelösten Hausaufgaben der Stadt Halle (Saale) offen.

Nach Artikel 88 der Landesverfassung ist das Land verpflichtet dafür zu sorgen, dass den Kommunen die für ihre Aufgabenerfüllung erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Das dies nicht der Fall ist, belegen landauf landab defizitäre Haushalte. Auf den, mit dem letzten Finanzausgleichsgesetz formulierten Anspruch (§ 2 Abs. 2), künftig den Finanzausgleich am angemessenen Bedarf zu orientieren, hat die CDU/SPD-Koalition in Magdeburg verzichtet. Die besonderen Problemstellungen kreisfreier Städte hat das Land spätestens mit Wegfall des Stadt-Umland-Gesetzes ersatzlos verdrängt.

Umso bemerkenswerter ist, dass das Landesverwaltungsamt gerade die im Vertrauen auf die derzeit

noch gesetzlich festgelegte, künftige aufgabenbezogene Finanzierung erstellte, mittelfristige Finanzplanung beanstandet. Halle hat ohne jeden Zweifel ein Einnahmeproblem und muss, so zeigt die Beanstandung, seinen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Ausfinanzierung der Landes- und Bundesaufgaben wohl einklagen müssen.

Eine erfolgreiche Klage setzt aber voraus, dass Halle selbst auch seine Hausaufgaben in Bezug auf den Haushalt erledigt. Hierzu ist festzustellen, dass das Agieren der Verwaltungsspitze in den letzten Jahren völlig unzureichend war. Kaum ein Haushaltsplan wurde in der Amtszeit von Oberbürgermeisterin Szabados pünktlich und in einer beanstandungsfreien Weise eingebracht. Nachträge und vorläufige Haushaltsführung sind Markenzeichen der Amtszeit von Frau Szabados.

Der Haushaltsplan 2011 wurde nicht nur viel zu spät, sondern auch in einer nicht beschließbaren Weise eingebracht, die vermeintlichen Nachbesserungen der Verwaltung in den Haushaltsberatungen waren zum Teil von mangelndem Realitätssinn geprägt.

Erinnert sei nur an die erwarteten Millioneneinnahmen aus der Vermietung von Schulturnhallen an halle'sche Vereine.

Vor diesem Hintergrund ist es grotesk, dass das Land die vorläufige

Haushaltsführung zur Auflage macht.

Die Haushaltsführung der Stadt Halle (Saale) war in den vergangenen Jahren immer vorläufig. Vorläufige Haushaltsführung heißt Unsicherheit für Vereine und andere Leistungserbringer in der Stadt, heißt dass Maßstäbe der Aufgabenerfüllung in das Ermessen der Verwaltung gelegt werden.

Bereits bei der Beschlussfassung des Haushaltes 2011 hatte DIE LINKE im Stadtrat kritisiert, dass eine wirklich zielgerichtete Betrachtung der Einnahmen und Ausgaben in unserer Stadt nicht erfolgt. So wurde vollständig versäumt, die Stadtverwaltung mit einer umfassenden Aufgabenkritik zukunftsfähig zu machen und den Erfordernissen des demografischen Wandels Rechnung zu tragen. Einsparvorschläge waren in der Regel unüberlegte, nicht auf die Folgewirkungen bedachte Streichungen bei freien Trägern.

Von der Oberbürgermeisterin wird nunmehr erwartet, dass sie gemeinsam mit dem Stadtrat die ungelösten Probleme angeht und einen realistischen Haushaltsplan aufstellt. Mag sein, dass dieser wegen der unzureichenden Finanzausstattung durch das Land ebenfalls nicht genehmigungsfähig ist, er würde dann aber die Möglichkeit zu einer erfolgreichen Klage vor dem Landesverfassungsgericht eröffnen.

## "Pflüger: Die Militarisierung der Gesellschaft erfolgt in der BRD subtiler als in den USA"

ein Bericht zur Veranstaltung mit Tobias Pflüger

(sw) In der letzten Veranstaltung der Reihe "Hochschule-Politik-Gesellschaft", welche die GEW Hochschulgruppe und der SDS.MLU dieses Semester unter dem Motto: "Militarisierung und antimilitaristische Perspektiven" organisiert haben, ging es um die Auswirkungen der Militarisierung der Gesellschaft. Pflüger, der von 2004 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments war, zeigte eine doppelte Entwicklung gibt. Einerseits eine Bundeswehr, die immer weiter in internationalen Kriegseinsätzen involviert ist und andererseits immer stärker in die Gesellschaft wirkt und präsenter wird. Dies hängt wiederum mit der Aussetzung der Wehrpflicht zusammen. Das die Gesellschaft aber auch weniger von Militäreinsätzen erfährt, zeigte er an der wenig bekannten Pegasus-Mission in Libyen, wo durch deutsche SoldatInnen deutsche StaatsbürgerInnen evakuiert wurde. Diese wurde aber nie(!) durch den Bundestag beschlossen. Die Begründung von Seiten der Exekutive war, dass Waffen explizit nicht eingesetzt wurden. Sprich, was das Grundgesetz vorschreibt und was Verfassungsrealität ist, ist de facto anders!

Pflüger ging danach auf die zivilmilitärische Zusammenarbeit ein und stellte heraus, dass diese wie im Kongo bspw. eine polizeilich-militärische Zusammenarbeit ist. Dabei hielt er fest: Es findet eine "Militarisierung der Polizei" statt! Die Regierung von Brandenburg fordert deshalb "Keine Poli-

zistInnen für den Militäreinsatz!", weil PolizistInnen mit Militärs zusammen für die Aufstandsbekämpfung ausgebildet werden. Damit verschwimmt aber die zivilmilitärische Grenze. Dies hat jedoch auch rechtliche Konsequenzen, weil alle Teilnehmenden an Kriegseinsätzen der Bundeswehr "völlige Immunität" besitzen, d. h. sie können vor Ort nicht strafrechtlich verfolgt werden; sondern nur im Heimatland.

Ein weiteres Thema Pflügers war die massive Rekrutierungswerbung, wofür 2011 50 Millionen Euro ausgegeben werden (im Vergleich dazu 5,1 Mrd. Euro für Rüstungsgüter) und selbst bei der Bundeswehr kann mensch Praktikum machen. Da könnte man zynisch anmerken, dass der Spruch "Generation Praktikum" schnell zur "Generation Kriegstote" werden könnte. Dass die Zusammensetzung der Bundeswehr die prekäre Lage vieler Menschen widerspiegelt, zeigt sich daran, dass 60 Prozent aller MannschafterInnen aus den neuen Bundesländern kommen.

Schließlich betonte der Referent gegenüber den mehr als 25 TeilnehmerInnen, dass wesentlich für die Auslandseinsätze der internationale Geltungsanspruch sei und das Denken, dass wer als Bündnispartner aktiv ist, auch seine eigenen geopolitischen und ökonomischen Interessen vertreten bzw. sichern kann.

Da er selbst im EU-Parlament arbeitete, sieht er gerade die EU-Außengrenzen als ein solch eklatantes Beispiel für die Akzeptanz

von militärisch abgeschotteten Grenzen, bei denen schon nicht mehr hinterfragt wird, warum überhaupt solche restriktiven Maßnahmen ergriffen werden, sondern nur noch wie mensch noch härter und effektiver gegen die Migrant/innen vorgehen kann. Und während, wie Pflüger ergänzte, vorher mit Gaddafi verhandelt wurde, Auffanglager gebaut und die libysche Küstenwache ausgerüstet wurden (mit EU-Geld), will die herrschende politische Klasse heute davon nichts mehr wissen.

Bei der Diskussion stellte Pflüger klar heraus, dass dem kapitalistischen System der Krieg inne und dieser äußere sich dann zwangsläufig in (neo-)imperialer Politik. Deshalb muss, so Pflüger weiter, auch die derzeitige EU, so wie sie derzeit ist, abgelehnt werden und eine Neukonstituierung erfolgen. Weitere Fragen drehten sich um den Umgang mit der Zivilklausel und wie die Mitarbeiter/innen gegen den Allgemeinplatz argumentieren könnten: "Wenn mit der Zivilklausel Drittmittel verloren gehen, verliert ihre eure Arbeitsplätze!" Ein Lösungsansatz ist, wie Pflüger sagte, ein Konversionsprozess, dass z. B. die Menschen, die im Bereich der Marine arbeiten, im zivilen Schiffbau unterkommen. Zudem drehte sich eine Frage um die Militarisierung der europäischen Gesellschaften und wie diese erfolge. Pflüger stellte hierbei die NATO-EU-Kooperation heraus. So ist bspw. Zypern kein NATO-Mitglied, aber bei der EU und wird bei Entscheidungen teil-

weise nicht berücksichtigt, obwohl NATO-Missionen über zypriotische (Flug-)Häfen laufen. Oder Frankreich oftmals eine klare neokoloniale Politik in den ehemaligen Kolonien fährt und dorthin auch regelmäßig Truppen entsendet; z. B. an die Elfenbeinküste beim Kampf um die Präsidentschaft. Pflüger meinte aber auch selbstkritisch, dass in dem Bereich Militarisierung der europäischen Staaten

noch viele Lücken bestehen und eine (notwendige) Aufarbeitung erfolgen müsste, um die Militarisierung nicht nur bei offiziellen Schreiben und Terminen zu zeigen, sondern, dass diese auch umfassender und subtiler geschieht.

— SDS. Die Linke - Links-Alternative Hochschulgruppe MLU  
sds.mlu@googlemail.com  
sdsmlu.blogspot.com

## Die Stadt Halle ist meine Geburtsstadt...

### Interview mit Wolfgang Stauch

**Wolfgang, Du bist in der 2. Wahlperiode sachkundiger Einwohner unserer Fraktion im Kulturausschuss.**

**Was motiviert Dich an dieser Tätigkeit?**

Die Stadt Halle ist meine Geburtsstadt und meine Heimatstadt, in welcher ich auch schon vor der so genannten Wende kulturell tätig war. Beruflich und ehrenamtlich. Und da kann ich gut vergleichen, was die arme DDR an kultureller Substanz hatte und was in der reichen BRD davon noch erhalten ist. Ein bisschen daran mitwirken zu können, dass so viel wie möglich von Kunst und Kultur in dieser Stadt erhalten bleibt und qualitativ ausgebaut werden kann, das motiviert mich an dieser Tätigkeit.

**An welchen konkreten Aufgaben arbeitet ihr gerade?**

Die „Kulturpolitischen Leitlinien“ der Verwaltung beschäftigen uns seit geraumer Zeit im Ausschuss. In den jeweiligen Anhörungen kommen Vertreter von wichtigen Kultur- und Kunstträgern der Stadt zu Wort und legen ihre spezifische Sicht auf die weitere Entwicklung von Kultur und Kunst in der Stadt dar. Wie nun weiter mit der Singeschule und das Langfristkonzept

zur Gestaltung der Salineinsel sind weitere spannende Themenbereiche, die wir bearbeiten. Die Theaterlandschaft scheint ja im Moment gerettet zu sein, sie wird uns sicherlich bald wieder stärker beschäftigen.

**Wo liegen Deine kulturellen Interessen?**

Kulturelle Interessen habe ich viele; ich mag gute Bücher, Theater und Kabarett natürlich, gute Musik von Klassik bis modern. Ich mag Malerei und Keramik - aber alles kostet Geld...

**Bist Du ehrenamtlich auch noch in der Kultur engagiert?**

Da ich mit meiner Gesundheit noch nicht so zufrieden bin und noch mit ihr hadere, hin und wieder, bin ich nicht weiter ehrenamtlich engagiert. Das Interview führte Ute Haupt.

Wir trauern um unsere langjährige treue Genossin

**Elsa Biemann**

Sie verstarb unerwartet im Alter von 88 Jahren am 2.08.2011.

Wir werden Ihr Andenken bewahren. Die Genossinnen und Genossen der BO Riebeckplatz/Hofjäger

## Endlich zugegeben! Aufruf zur Diskussion

Endlich ist die Katze aus dem Sack: In den letzten zehn Jahren sind die kleinen und mittleren Einkommen real um 2,5 % gesunken, die untersten sogar um 10-22 %.

Dies teilte das Statistische Bundesamt am 19. Juli 2011 mit.

Dafür benannte der DIW-Forscher Markus Grabka als Ursache die durch die Hartz IV-Reform begünstigte Zunahme von Leiharbeit und Minijobs.

So waren 75 % der im vergangenen Jahr neu entstandenen Arbeitsplätze Teilzeit- und Zeitarbeitsjobs sowie befristete Beschäftigungen. Aus unserer Sicht müsste dies besonders unter den Betroffenen noch stärkere Empörung und Gegenwehr hervorrufen.

Wir schlagen deshalb vor, wirksamere Mittel und Wege zu diskutieren, wie man mehr Menschen auf die Straße bringt.

Im Auftrag des Gesprächskreises Gesellschaftskonzeption

Dr. Marlene Neuber

Dr. Christine Zarend

Interessentinnen und Interessenten melden sich bitte über das Linke Blatt:

linkesblatt@dielinke-halle.de

oder über die Geschäftsstelle in der Blumenstraße 16,

dienstags von 10.00 – 15.00 Uhr, Telefon 0345 202 55 90

Bitte als Betreff: „Gesellschaftskonzeption“ angeben.